

Interpellation Fraktion GB/JA! (Stéphanie Penher, GB): Auswirkungen des Tamedia-Entscheidunges auf das lokale Medienangebot

Berns Tageszeitungen Der Bund und Berner Zeitung (BZ) geraten unter Druck: die geplanten Kompetenzzentren des Zürcher Tamedia-Konzerns werden auf beiden Redaktionen zu Stellenkürzungen um bis zu dreissig Prozent führen, weil Hauptausgabeposten für Zeitungsredaktionen die Löhne der Angestellten sind. Die geplante Bündelung der journalistischen Produktion führt zu einer redaktionellen Aushöhlung: die Marken bleiben zwar bestehen, aber die Beiträge sind dann in beiden Titeln praktisch identisch. Kurz gesagt: Einheitsbrei statt Meinungsvielfalt. Unterschiedliche Ansichten, Analysen und Meinungen liefern, damit die BürgerInnen fundiert über politische Fragen informiert bleiben und sich dazu eine Meinung bilden können, ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie.

Tamedia ist der Marktführer, praktisch die Hälfte der Schweizer Tageszeitungen kommen aus dem Verlag. Die ruckbar gewordenen Sparvorstellungen des Tamedia-Verwaltungsrats sind deshalb eine unmittelbare und grosse Gefahr für die Medienvielfalt. Aufgrund des digitalen Wandels und mit dem Aufkommen von kommerziellen Plattformen und Gratisangeboten geraten die traditionellen Geschäftsmodelle der Printmedien (Abonnemente und Werbung) unter Druck. Auch die regionalen privaten audiovisuellen Service-public-Sender sind in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Ohne gezielte Medienförderung droht deshalb die Medienlandschaft in der Hauptstadtregion und im Kanton Bern immer stärker auszutrocknen.

Auf kantonaler Ebene reichen die Grünen eine dringliche Motion zur Sicherstellung der Medienvielfalt und der demokratischen Medienöffentlichkeit in den Regionen ein. Der Kanton solle Instrumente der indirekten und der direkten Medienförderung aufzeigen. In anderen Ländern werden heute schon Online- und Printmedien finanziell unterstützt. Neben der Produktions- und Betriebsförderung wird auch in Innovation und Wandel investiert. Staatliche Beihilfen sind dabei an klare Voraussetzungen – Schwerpunkt Information und journalistische Qualität – geknüpft.

Fragen

1. Wie will der Gemeinderat den Medienplatz Bern verteidigen damit die BürgerInnen fundiert über politische Fragen informiert bleiben und sich dazu eine Meinung bilden können?
2. Ist der Gemeinderat bereit beim Medienunternehmen Tamedia zu intervenieren, um die Aufrechterhaltung der Medienvielfalt durch die Weiterführung von mindestens zwei voneinander publizistisch unabhängigen Tageszeitungen einzufordern?
3. Inwieweit will sich der Gemeinderat beim Kanton im Sinne der Motion Imboden für Instrumente einer direkten oder indirekten Medienförderung einsetzen?
4. Unter welchen Bedingungen kann sich der Gemeinderat vorstellen, eine direkte Förderung von bestehenden städtischen Online-Medien zu prüfen?
5. Wie schätzt der Gemeinderat die Gefährdung des regionalpolitischen Zusammenhalts ein (Kernagglomeration), wenn die Berner Bevölkerung nicht mehr über lokal wichtige, gesellschaftliche und insbesondere auch wirtschaftliche Entwicklungen informiert würde?

Begründung Dringlichkeit

In den letzten Wochen wurde viel über vermutete Sparpläne von Tamedia berichtet. Nun steht das Ausmass fest. Ab 1. Januar 2018 werden zwei neue Redaktionen Tamedia in der Deutschschweiz und der Romandie die Inlands-, Auslands-, Wirtschafts- und Sport-Berichterstattung erstellen. Vorgesehen sind Kompetenzzentren in Bern, Lausanne und Zürich.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 31. August 2017

Erstunterzeichnende: Stéphanie Penher

Mitunterzeichnende: Leena Schmitter, Katharina Gallizzi, Ursina Anderegg, Regula Tschanz, Franziska Grossenbacher

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat teilt die Einschätzung und die Sorge der Interpellantinnen. Die jüngsten Entscheidungen von Tamedia führen zu einem Verlust an Meinungsvielfalt und leisten dem Vormarsch einer Meinungspresse Vorschub, die gegenüber finanziellen und ideologischen Partikularinteressen besonders anfällig ist. Damit verschärft sich eine Entwicklung, welche das Gründungskomitee des geplanten Online-Magazins "Republik" treffend zusammengefasst hat: "Ohne Journalismus keine Demokratie. Und ohne Demokratie keine Freiheit. Wenn der Journalismus stirbt, stirbt auch die offene Gesellschaft, das freie Wort, der Wettbewerb der besten Argumente".

Immerhin ist der Medienplatz Bern von den Tamedia-Entscheidungen weniger stark betroffen als ursprünglich befürchtet. Indem die Lokal- und Regionalredaktionen von "Berner Zeitung" und "Bund" weiterhin unabhängig voneinander über das politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Geschehen berichten, bleibt die regionale Meinungsvielfalt als Fundament der demokratischen Meinungsbildung vorerst gewahrt. Gleichwohl ist sich der Gemeinderat bewusst, dass die Perspektiven der beiden Tageszeitungen düster sind.

Der Gemeinderat befürchtet, dass die Medienhäuser aufgrund des Wandels des Medienmarkts immer weniger in der Lage sein werden, einen Journalismus zu betreiben, der Verantwortung für die Öffentlichkeit und für den demokratischen Diskurs übernimmt. Eine indirekte oder direkte Medienförderung stellt für ihn daher eine denkbare Option dar, um eine unabhängige und freie Meinungsbildung zu garantieren. Seiner Ansicht nach sind dabei vor allem die Bundesbehörden gefordert. Wichtig ist dem Gemeinderat zudem, dass die öffentlich-rechtliche SRG nicht geschwächt wird, sondern ihre Rolle als Garantin des medialen Service Public mit hohem journalistischem Qualitätsanspruch auch künftig erfüllen kann. Daher lehnt er die No-Billag-Initiative klar ab.

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat setzt sich im Rahmen seiner (bescheidenen) Möglichkeiten in vielerlei Hinsicht für den Erhalt des Medienplatzes Bern ein.

Auf bundespolitischer Ebene verteidigt er seit Jahren die öffentlich-rechtliche SRG und setzt sich für eine Aufwertung des SRG-Bundeshausstudios in Bern ein. Seit kurzem sucht er zudem gemeinsam mit dem Städteverband nach Wegen und Mitteln, um die Meinungsvielfalt auf nationaler und regionaler Ebene auf Dauer sichern zu können.

Auf lokaler Ebene pflegt der Gemeinderat das Gespräch mit den ansässigen Medienhäusern und setzt sich für die lokalen Medien ein. So unterstützte er vor Jahren die Aktion "Rettet den "Bund". Zudem leistet die Stadt Bern mit verschiedenen Massnahmen selber einen Beitrag zur Meinungsbildung auf dem Medienplatz Bern. Dazu gehören die Publikation von Informationstexten im "Anzeiger Region Bern", die indirekte Förderung von Quartierblättern durch die finanzielle Unterstützung der Quartierorganisationen, der städtische Twitter-Kanal sowie die Nutzung anderer digitaler Kanäle zur Vermittlung sachlicher Behördeninformation. Zudem unterhält die Stadt Bern einen Informationsdienst, der den Auftrag hat, die Medien in der Erfüllung ihrer publizistischen Aufgabe mit verlässlicher Information zu unterstützen.

Zu Frage 2:

Der Gemeinderat hat immer wieder das Gespräch mit Tamedia gesucht und dabei stets betont, wie wichtig zwei unabhängige Tageszeitungen für Bern als Hauptstadt und nationales Politik-Zentrum

sind. Auch im Vorfeld des jüngsten Entscheids fand ein Treffen zwischen dem Stadtpräsidenten und dem Tamedia-Verwaltungsratspräsidenten Pietro Supino statt. Der Stadtpräsident setzte sich dabei für den Verzicht auf Sparmassnahmen bei den Regionalredaktionen von "Berner Zeitung" und "Bund" ein. Der Gemeinderat wird die Entwicklung des Medienplatzes Bern weiterhin verfolgen und bestrebt sein, mit Tamedia im Gespräch zu bleiben.

Zu Frage 3:

Der Gemeinderat unterstützt die Stossrichtung der Motion Imboden. Im Rahmen der regelmässigen Treffen mit dem Regierungsrat wird er die Kantonsregierung auffordern, sich ernsthaft mit der Frage der Medienförderung zu beschäftigen.

Zu Frage 4:

Diese Frage stellt sich derzeit nicht, weil die Berner Medien und insbesondere die Tageszeitungen "Berner Zeitung" und "Bund" noch in der Lage sind, auf dem Platz Bern den Wettbewerb der Argumente zu organisieren und eine unabhängige Meinungsbildung zu gewährleisten.

Abgesehen davon müsste eine Unterstützung von bestehenden städtischen Online-Medien – wie dies in der Interpellationsfrage explizit angesprochen wird – nach Ansicht des Gemeinderats mehrere Bedingungen erfüllen. Dazu gehören: die publizistische Unabhängigkeit der Redaktion, die Pflicht zur täglichen regionalen Berichterstattung und Kommentierung, Auflagen an die journalistische Qualität und die Ausbildung der Medienschaffenden, eine genügende regionale Reichweite des Mediums sowie branchenübliche Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Journalistinnen und Journalisten, festgelegt in einem Gesamtarbeitsvertrag.

Im Falle einer staatlichen Förderung müssten diese Voraussetzungen selbstredend nicht nur für Online-Medien erfüllt sein, sondern für alle Medien, die mit öffentlichen Geldern unterstützt würden. Nötig wäre in einer solchen Situation eine Gesamtbetrachtung der städtischen und regionalen Medienlandschaft.

Zu Frage 5:

Der regionale Zusammenhalt wäre gefährdet und die regionale Zusammenarbeit erschwert. Regionaler Zusammenhalt bedarf einer regionalen Öffentlichkeit. Wird diese von den Medien nicht mehr in genügendem Masse und hinreichender Qualität hergestellt, schwindet das gegenseitige Verständnis und damit der Wille, gemeinsam die Herausforderungen zu meistern und den Grossraum Bern gesellschaftlich, wirtschaftlich, kulturell und politisch voranzubringen. Das hätte auf jeden Fall negative Folgen für die künftige Entwicklung der Region.

Bern, 6. Dezember 2017

Der Gemeinderat